

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Traktatschrift  
Tageblatt Rieser.  
Hermann Nr. 30.  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptkollektivs Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:  
Dresden 1530.  
Girokonto:  
Rieser Nr. 52.

Nr. 175.

Mittwoch, 30. Juli 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Verlagspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. **Grundpreis** für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife. **Wichtigste** Anzeigenbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Verlagspreises. **Retentionsdruck und Verlag**: Dange & Winterlich, Rieser. **Geschäftskonto**: Wertbeträge 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ublemann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Rieser.

## Wahlstrategie.

Allen Sammlungs- und Einigungsparolen zum Trost werden sich wahrscheinlich eine ganze Anzahl Querköpfe mit ihren besonderen meist durchaus persönlichen Interessen doch wohl bei der Auffassung kleiner Splittergruppen und -parteien durchsetzen, jedoch allein die Wahl der Parteien und Gruppen der Rechten resp. der dahingehörenden Listen auf rund zwei Tausend aufschwellen könnte. Wir wollen das nicht hoffen, aber wir müssen und wollen rechtzeitig darauf hinweisen, daß es umso notwendiger sein wird, an einem klaren, wahlstrategischen Plan derer zu gelangen, die zwar noch keine geschlossene Partei bilden, die aber doch das Prinzip der möglichsten Sammlung und Einigung aller staatsbelastenden bürgerlichen Elemente anerkennen. Auch die neue Deutsche Staatspartei wird so aller Wahrscheinlichkeit nach als geschlossene Parteiformation erst nach dem Wählen in Erscheinung treten. Für die Wahlen selbst werden genaue Richtlinien bezüglich Listenverbindung aufgestellt werden. Die Einrichtung der Reichsliste hat insofern nur beschränkte Bedeutung, als von ihr keiner Partei mehr Mandate ausgesprochen werden können, als eben die Parteien in Einzelwahlkreisen erhöht haben. Diese Bestimmung ist von ganz besonderer Wichtigkeit für erstmalig auftretende oder besonders hart um jedes Mandat kämpfende Parteien, denn wenn eine solche Partei nur in zwei oder drei Wahlkreisen die für ein Mandat notwendige Differenz von 60 000 Stimmen erreicht hat, in allen anderen Wahlkreisen aber diese Differenz nicht ganz erreicht hat, so kann sie von diesen Reststimmen, die ja mehrere Hunderttausend betragen können, nur 120 000 oder 180 000 vermerken. Besteht aber eine Listenverbindung dieser Partei mit befreundeten Parteien, so können diese Reststimmen unter günstigen Umständen ausnahmslos verwertet werden. Wenn nämlich auch nur ein einziger der so verbundenen Kreiswahlkreise 80 000 Stimmen auf sich vereinigt hat, so beginnt bereits die gemeinsame Verrechnung innerhalb des Wahlkreisverbandes. Es besteht für keine der gegenwärtig existierenden, am allerwenigsten aber für die in der Neubildung oder in der Umformung begriffenen bürgerlichen Gruppen Veranlassung, auf diese Vorteile aus irgend welchen Verhinderungen oder Empfindlichkeiten zu verzichten. Es besteht im Gegenteil um des Staatsdienlichkeits und um der Wähler willen für all diese Parteien und Gruppen die Pflicht, jede Möglichkeit zur Stärkung und Vergrößerung der staatsbelastenden Kräfte zu nutzen. Im Jahr 1928 hätte durch eine Verbindung aller bürgerlichen Parteien bei den Reichstagswahlen das Bürgerturn 12 Mandate mehr erobern können. Diesmal wäre die Gefahr der Unverwertbarkeit bürgerlicher Reststimmen wahrscheinlich viel größer, wenn man sich nicht rechtzeitig darauf besinnt, daß die Vorteile einer klugen und großzügigen Wahlstrategie letzten Endes weitaus größer sind, als die einer eigentlichen und eigenartigen Wahrung falscher verhandener eigener Interessen.

## Deutsch-polnische Vereinbarung über die Grenzwahlkreise

Berlin, 30. Juli.

Die letzten Zwischenfälle an der deutsch-polnischen Grenze haben zu einer Vereinbarung zwischen der deutschen und polnischen Regierung über eine gemeinsame abschließende Prüfung des Tatbestandes durch je einen Delegierten der beiden Außenministerien geführt. Bei den Verhandlungen der Delegierten ist der gesamte Sachverhalt eingehend erörtert worden. Ein Teil bisher strittiger Punkte konnte dabei geklärt werden. Eine volle Uebereinstimmung über alle Einzelheiten ist aber nicht erzielt worden.

In Verfolg dieser Prüfung und im Interesse der nachbarlichen Beziehungen haben sich die beiden Regierungen nunmehr über folgende Punkte geeinigt:

Soweit auf der einen oder anderen Seite Strafverfahren eingeleitet sind, werden die beiden Regierungen sich gegenseitig das für die Aufklärung der Fälle sachdienliche Material, insbesondere Zeugenaussagen mitteilen und den zuständigen Behörden zur Berücksichtigung bei den in Gang befindlichen Verfahren übermitteln. Dies gilt insbesondere für den Zwischenfall von Prostken, zu dem die polnische Regierung neues Material zur Verfügung gestellt hat. Die sich im Laufe der verschiedenen Verfahren ergebenden tatsächlichen Feststellungen werden sich die Regierungen gegenseitig zur Kenntnis bringen.

Außerdem haben die beiden Regierungen Maßnahmen getroffen, um einer Wiederholung solcher Zwischenfälle vorzubeugen. Insbesondere ist den beiderseitigen Grenzbeamten die Ueberwachung der Grenze ohne besonderen Dienstauftrag und ohne vorheriges Benehmen mit den Grenzbehörden des anderen Teiles grundsätzlich verboten worden; auch sind sie angewiesen worden, bei Beobachtung der Vorschriften über den Grenzverkehr, insbesondere derjenigen über den Besitz von Grenzpasswörtern, jede unnötige Härte gegenüber der zivilen Bevölkerung zu vermeiden. Sowie sich haben die örtlichen Behörden Weisungen über eine Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden des anderen Teiles bei etwa vorkommenden künftigen Grenzwahlkreisen zu erhalten.

## Scharfe Worte des Reichstanzlers Dr. Brüning.

Berlin, 30. Juli.

In seiner Rede vor dem Reichsparteivorstand der Deutschen Zentrumspartei führte Dr. Brüning aus: Wir haben uns in Deutschland in den vergangenen Jahren in Illusionen hineingewiegt. Man hat geglaubt, daß die Entwicklung nach dem englischen Bergarbeiterstreik und die damit verbundene gute Beschäftigung der Industrie einen Dauerzustand darstelle. Als man anfing zu zweifeln, gab man sich wiederum der neuen Illusion hin, daß die Revision des Dawes-Planes mit einem Male eine gewaltige Erleichterung der Lage bringen könnte. Das hat dazu geführt, daß man die Revision vorzeitig herbeigeführt hat in einem außenpolitisch nicht günstigen Augenblick zu einem innenpolitisch denkbar ungünstigsten Zeitpunkt. Es wurde nicht überlegt, daß immer und immer wieder die Kassenlage, um die Gehälter auszu zahlen und die sozialen Verpflichtungen erfüllen zu können, am Monatsende dazu zwang, daß das Reich bei den Grobhandlungen herumlaufen und um einen Kredit bitten mußte, um über den Augenblick hinwegzukommen. Unterdessen hatte das deutsche Publikum im Stillen eine ganz andere Meinung von der Lage der deutschen Finanzen bekommen. In steigendem Maße sind große, kleine und kleinste Kapitalien aus Deutschland ausgewandert. Im Zusammenhang mit einer politischen Manipulation haben wir während der Pariser Verhandlungen vor Situationen gestanden, die zwar nicht die Währung, aber die Wirtschaftslage gefährdeten. Diese Situation konnte 1930 in jedem Augenblick wieder eintreten. Deshalb ging das Bestreben der Zentrumspartei schon von vornherein dahin, eine solche Gefahr zu bannen und rücksichtslos dem gesamten deutschen Volke klar zu machen, daß mit der Uebernahme des Young-Planes eine Cäsur in der gesamten Finanz- und Wirtschaftspolitik des Reiches eintrete. Daher stellten wir die Forderung des Junctim, daher die Forderung, die Finanzreform gleichzeitig mit den Youngsachen zu verabschieden, die Sanierung der Kassenlage sicherzustellen, um durch Ersparnisse und wirtschaftliche Reformen in Zukunft eine Wiederholung der finanzpolitischen Katastrophen der Jahre 1926—1930 unmöglich zu machen.

Es kann nicht an der Tatsache gerüttelt werden, daß die Große Koalition nicht am Zentrum gescheitert ist, sondern im wesentlichen an den beiden Flügelparteien, Deutsche Volkspartei und Sozialdemokratie. Tatsache ist, daß alle Schritte des Zentrums in dieser Zeit immer gemeinsam mit der Demokratischen Partei erfolgt sind, daß alle Kompromisse zusammen mit ihr gemacht wurden, denn diese beiden Parteien hatten gemeinsam das lebendige Interesse daran, daß die damalige Koalition möglichst lang erhalten bleiben sollte.

Und nun die Angriffe gegen Artikel 48: Die Sozialdemokraten haben sogar eine Zeit von einer Diktatur gesprochen, allerdings unter sozialdemokratischer Führung. Was die jetzige Regierung will, ist keine Diktatur, sondern etwas ganz anderes. Die Situation, wie sie uns im Reichstag klar geworden ist, muß in allen Konsequenzen ein Anschauungsunterricht zur politischer Erziehung des deutschen Volkes sein. Man hat die Verantwortung wie einen Spielball von einer Partei zur anderen hinübergeworfen und sich vor der Verantwortung gedrückt, als man noch mit viel anderen Maßnahmen die Situation hätte retten können. Wird sich das deutsche Volk nicht reflexlos dieses fehlerhaften Parlamentarismus der Vergangenheit bewußt, dann sieht man eines Tages vor Schwierigkeiten, die wir vom Zentrum bewußt und mit allen Kräften verhindern wollen, bei denen es eine normale Lösung überhaupt nicht mehr gibt.

Der Artikel 48 ist im Laufe der letzten Jahre mehr als hundertmal angewandt worden, am meisten vom früheren Regierungspräsidenten Ebert, auch in Bagatelssachen und in Anwesenheit des Reichstages. Niemand hat sich damals darüber aufgeregt. Heute, da der Artikel 48 entscheidend angewandt werden sollte und angewandt werden muß, wo es um Lebens- und Schicksalsfragen geht, da hat man auf einmal Bedenken. Das ist der Fehler der mangelnden Erziehung der Wählermassen bei der Sozialdemokratie. Man kann nicht immer mit dem Panzerkreuzer und Kinderpeisung wählen machen, zumal nicht, wenn man mit Barolen nachträglich Schiffbruch erlitten hat. Das Kabinett Müller hat den Panzerkreuzer gebaut und für die Kinderpeisung nichts in den Etat gesetzt.

## Mehr Frauen in den Reichstag.

X Berlin. Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit richtete an sämtliche Parteivorstände das dringende Ersuchen, Frauen entsprechend ihrer Zahl als Wähler und an ausführender Stelle in den Wahlkreisen zum Reichstag aufzustellen. In der Begründung heißt es, daß die weiblichen Wähler, die den männlichen an Zahl überlegen sind, es unerträglich finden, daß der Prozentfuß der weiblichen Abgeordneten bisher so minimal

Wir müssen den Wahlkampf führen in einem Augenblick der schwersten Volkswirtschaftskrise, die wir vielleicht in den letzten 30 Jahren der Weltgeschichte gehabt haben. Das ist ein sehr ungünstiges Moment. Es ist Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, welche ungeheuren Umfang diese Krise hat, und welche Konsequenzen sie in der nächsten Zukunft noch haben kann oder haben muß. Die englische Arbeiterregierung hat die Konservativen und Liberalen aufgefordert, mit ihr gemeinsam darüber nachzudenken, wie man die Arbeitslosenversicherung finanziell durchhalten könne. Aus allen drei Parteien wurden je zwei Mitglieder ernannt, die sich gemeinsam und ohne Rücksicht auf die Regierung und Opposition hinsetzen sollten, die Schwierigkeiten zu meistern. Hätte es nicht im Interesse der deutschen Arbeiterschaft gelegen, daß auch die Sozialdemokratie in dieser Form zur Mitarbeit bereit gewesen wäre? Wir betreiben hier keine antisoziale Politik.

In einem Augenblick, wo alles wankt, wo man dem Reichsrat die ungeheure Summe von nahezu einer Milliarde Mark zur Verfügung stellen muß, um die bisherige Sozialgesetzgebung zu retten, da ist es sozial, wenn man den Ruf hat, diese Dinge zu machen, und unsozial, wenn man sich aus agitatorischen Gründen an diesen Dingen vorbeißt. Wir stehen vor einer Krise, die uns von Woche zu Woche vor unerwarteten Situationen nach der einen oder anderen Seite stellen kann. Wir stehen in einem Zustand, der so ernst ist, daß es eigentlich das Verantwortungsgefühl des ganzen Reichstags mit Ausnahme der kommunisten und Völkischen bedürft hätte, um sich geschlossen hinter alle Maßnahmen des Kabinetts zu stellen, die sofort oder im Herbst getroffen werden müssen, um Deutschland aus diesem schweren Sturm unerschütterlich herauszubringen.

Was wir tun müssen, ist für die Reichsregierung das eine, sich streng an die Verfassung zu halten, aber im Rahmen der Verfassung auch alles das zu tun, was, wenn es jetzt nicht getan worden wäre oder ist, vielleicht niemals wieder einzuholen sein wird. Jede Reichsregierung, die nicht den Mut gefaßt hätte, dem Reichspräsidenten die Notverordnungen vorzuschlagen, würde sich vor der Geschichte dem deutschen Volke des schwersten Verbrechens schuldig gemacht haben. Die Notverordnungen bilden gleichzeitig die Grundlage für die Reform, die wir im Herbst und Winter grundsätzlich durchzuführen haben. Wenn wir die Finanzsanierung bis ans Ende durchführen wollen, müssen wir zu einer vollkommen klaren Scheidung zwischen diesen Ausgaben für Reich, Länder und Gemeinden kommen.

Wir müssen ein Programm für die Bauwirtschaft der nächsten Jahre schon jetzt aufstellen, weil wir für die endgültige Finanzreform schon jetzt Klarheit darüber haben müssen, was aus der Hauszinssteuer wird, und wem solche zur Verfügung gestellt werden. Eine große Aufgabe besteht darin, die Eisenbahn aus der schwierigen finanziellen Lage herauszubringen, in der sie sich gegenwärtig befindet. Wenn wir das voraussichtliche Defizit der Reichsbahn durch Tarifserhöhungen decken wollen, dann werden wir der Wirtschaft, vor allem in den Grenzgebieten einen solchen Schlag verlegen, von dem sie sich nicht erholen würde. Wir müssen davon abkommen, daß bei dauernden wechselnden Koalitionen die eine Regierung diese Politik macht, die andere die entgegengesetzte. Der kommende Reichstag wird sich erneut über die Frage der Fortführung der Finanzsanierung gestellt sehen und entscheiden müssen, ob er geneigt sei, die Sanierung bis zum letzten Punkte durchzuführen. Eins nur ist notwendig, nicht die Parteien dürfen führend sein, sondern das Kabinett. Das hat in den letzten Jahren gefehlt. Das Kabinett muß die Verantwortung übernehmen, und die Entscheidungen möglichst im Plenum des Reichstages selbst fassen. Nur so erzielen wir eine klare Verantwortung als Grundlage der Demokratie.

Der Zeitpunkt ist erreicht, in dem man den letzten Versuch machen muß, um mit der gegenwärtigen Verfassung eine wirkliche und verantwortungsvolle Demokratie zu retten und lebendig zu erhalten. Es geht aber weiter darum, unerträglich die Maßnahmen zu sichern, die dem deutschen Volke den Ausblick auf Rettung aus der Not erschließt. Das wird schwer zu bewältigen und folgenreicher sein können als die Not des Jahres 1923.

war. Sie sind der Ueberzeugung, daß eine Befundung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Miernis nur durch die ausschlaggebende Mitarbeit der Frauen erfolgen kann.

In den Reichstagenminister Dr. Wirth wurde das dringende Ersuchen gerichtet, eine Verordnung dahingehend zu erlassen, daß die bevorstehenden Reichstagswahlen nicht nach Geschlechtern getrennt oder kenntlich gemacht vorgenommen werden dürfen, da in solchem Verfahren von vielen männlichen und weiblichen Wählern ein Verstoß gegen das durch Art. 125 R. V. gesicherte Wahlheimnis erblickt werde.